

13. Januar 2010

## **Verbraucherschutz im globalen Lebensmittelmarkt**

**Fünf-Punkte-Programm zur Lebensmittel- und Ernährungspolitik**

Anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2010 stellt der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) seine wesentlichen Forderungen zur Lebensmittel- und Ernährungspolitik für die neue Legislaturperiode der Öffentlichkeit vor:

## **1. Europäische Standards in der Lebensmittelproduktion an Verbraucherinteresse und Nachhaltigkeit ausrichten**

Globalisierung findet inzwischen auch auf den Tellern der Verbraucher statt. Sie verschafft den Konsumenten eine nie gekannte Vielfalt in Bezug auf Lebensmittelauswahl und Gestaltung des Speiseplans. Exotische Früchte und sonnenverwöhntes Obst zu (fast) jeder Jahreszeit – das gehört mittlerweile zum Standard in deutschen Supermärkten und Lebensmitteldiscountern. Auf der anderen Seite führt die starke Verflechtung der deutschen und europäischen Lebensmittelwirtschaft mit dem internationalen Markt zu instabilen Preisen, wie etwa vor zwei Jahren bei der Milch.

Die deutsche Agrar- und Lebensmittelwirtschaft ist Teil eines globalen Weltmarktes. Inzwischen verdient ein deutscher Landwirt etwa jeden fünften Euro im Export, die deutsche Ernährungswirtschaft sogar jeden vierten Euro. Zu den wichtigsten Produktgruppen für den Export gehören Fleisch- und Fleischerzeugnisse sowie Milch- und Milcherzeugnisse. Deutschland steht mit seinen Agrar- und Ernährungsexporten in der Weltrangliste auf dem dritten Platz nach den USA und den Niederlanden, noch vor Frankreich.<sup>1</sup> Die Agrarausfuhren haben gemessen am gesamten deutschen Außenhandel einen Anteil von rund fünf Prozent, der Anteil der Agrareinfuhren beträgt 7,2 Prozent.<sup>2</sup> Im Jahr 2008 wurde mit über 52 Milliarden Euro neuer Ausfuhrrekord erreicht. Dem stehen im Jahr Agrareinfuhren im Wert von über 58,6 Milliarden Euro gegenüber. Bei den Einfuhren ist Deutschland zweitgrößter Importeur nach den USA. Relevante importierte Produkte sind vor allem Ölsaaten und -produkte sowie Fleisch-, Milch und Produkte daraus, sowie Frischobst und Südfrüchte.

Um die breite Palette des Angebots bedenkenlos genießen zu können, bedarf es international verbindlicher Standards und effektiver Kontrollen. Diese entscheiden darüber, ob ein Produkt überhaupt in die europäische Gemeinschaft beziehungsweise nach Deutschland eingeführt werden darf. Gesetze, Rechtsvorschriften und Qualitätsstandards bezüglich der Herstellung und des Vertriebs von Lebensmitteln in Drittländern unterscheiden sich oft erheblich von den entsprechenden Maßstäben in der Europäischen Union (EU). Diese Unterschiede definieren das enorme Konfliktpotenzial im Feld des globalisierten, internationalen Lebensmittelhandels. Diese werden derzeit besonders offen zwischen den USA und der EU ausgetragen. Beispiele für solche in den USA zulässigen, in Europa aber umstrittenen Verfahren sind der Einsatz von Wachstumshormonen bei der Tierzucht, die chemische Dekontamination von Geflügelfleisch („Chlorhähnchen“) oder das Klonen von zum Verzehr bestimmten Nutztieren. Über den Abgleich der rechtlichen und qualitativen Aspekte hinaus stehen hinter ungelösten Handelsfragen oft politische, aber vor allem wirtschaftliche Interessen, wenn es zum Beispiel um den Schutz der Binnenmärkte vor der Überflutung durch billigere Importwaren geht.

Auf der anderen Seite bietet die Durchsetzung des freien Handels seit etwa 1980 gerade Entwicklungs- und Schwellenländern, sofern sie überhaupt die Chance haben, am globalen

---

<sup>1</sup> Meldung des Deutscher Bauernverband (DBV) vom 27.8.2009 „Agrarhandel wichtige Konjunkturstütze“ <http://www.bauernverband.de/?redid=152814&mid=310187>

<sup>2</sup> Deutscher Agrarhandel 2008, S.5, BMELV (Hrsg.)

Markt teilzunehmen, erhebliches Potenzial, die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Die Spielregeln werden von der Welthandelsorganisation (WTO) festgelegt, die darüber wacht, dass weltweit freier Austausch von Waren und Dienstleistungen gewährleistet ist und ungerechtfertigte Handelshemmnisse abgebaut werden. Die Kriterien für Handel mit Lebensmitteln orientieren sich dabei an den im Rahmen des Codex Alimentarius ausgehandelten Standards. Allerdings spielen hier weitergehende Verbraucherbelange, die über den reinen Gesundheitsschutz hinausgehen, oder Aspekte der Nachhaltigkeit bis heute eine untergeordnete Rolle. Aus Sicht der europäischen Verbraucher genießen jedoch, gerade unter dem Eindruck der BSE-Krise, Fragen der Prozessqualität, aber auch ethische Erwägungen etwa des Tierschutzes einen hohen Stellenwert. Ferner wird das Vorsorgeprinzip als wichtige Leitlinie des Verbraucherschutzes in den Empfehlungen der Codex-Kommission aus Sicht europäischer Verbraucherorganisationen bis heute nicht ausreichend gewichtet. Schließlich werden die großen globalen Herausforderungen wie etwa der schonende Umgang mit den Ressourcen, insbesondere Boden und Wasser, die Steigerung der Biodiversität sowie der Klimaschutz in der Standardbildung und der nachfolgenden Bewertung durch die WTO noch nicht angemessen berücksichtigt.

### **Forderungen des vzbv:**

Der vzbv sieht im freien Welthandel für Agrarprodukte die Chance, weltweite Entwicklung zu fördern, und spricht sich daher gegen eine protektionistische Abschottung der Märkte aus. Dieser freie globale Lebensmittelmarkt darf indes nicht zu einem Unterbietungswettbewerb im Hinblick auf Qualität und Nachhaltigkeit führen, der nach und nach die in Europa kulturell verankerten hohen Standards in der Lebensmittelproduktion über reines Preisdumping aushöhlt.

- Es ist Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, in den internationalen Gremien der WTO und beim Codex Alimentarius darauf hinzuwirken, dass **Verbraucherbelange** und **Nachhaltigkeit bei der Bewertung** dessen, was als Handelshemmnis gelten kann, **höher gewichtet** werden, auch wenn diese über den reinen Gesundheitsschutz hinausgehen.
- Ferner müssen in den internationalen Entscheidungsprozessen und Gremien der WTO sowie beim Codex Alimentarius, die Einfluss auf Qualität und Preise von Lebensmitteln in Europa haben, **Verbraucherorganisationen** substantiell **beteiligt werden**, und die Wahrnehmung dieser Beteiligungsrechte muss durch eine entsprechende Ausstattung der Verbraucherseite ermöglicht werden.

## **2. Risiken angemessen gewichten und Lebensmittelkontrolle weiter verbessern**

Seit der BSE-Krise in den Jahren 2000/2001 hat sich im Hinblick auf Sicherheit und Kontrolle der Lebensmittelproduktion in Deutschland und Europa einiges getan. So sind in Deutschland Risikobewertung und -management institutionell getrennt worden. Im Jahr 2005 wurden Lebensmittel- und Futtermittelrecht zu einem gemeinsamen Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) zusammengeführt. Damit gilt für alle Produktionsstufen „vom Acker bis zum Teller“ ein geschlossenes System an Vorschriften und Kontrollen. Zusätzlich haben, nicht zuletzt auf Druck von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie einer kritischen Öffentlichkeit, Erzeuger und Handelsketten eigene Systeme der Qualitätssicherung etabliert, die eine bessere Rückverfolgung und Qualitätskontrolle, etwa im Hinblick auf die Belastung mit Rückständen erlauben. Die staatlichen Lebensmittelkontrollbehörden stoßen freilich schon jetzt auf Schwierigkeiten, die Vielzahl neuer Substanzen und Herstellungsver-

fahren durch geeignete Methoden nachzuweisen. Dieses Problem verschärft sich noch durch die steigende Zahl legal oder auch illegal nach Europa importierter Lebensmittel.

Während bei der Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auch durch verbesserte Eigenkontrollen des Handels recht gute Ergebnisse erzielt wurden, wird das Risiko von Zoonosen, also vom Tier auf den Menschen übertragbaren Krankheiten, in der Öffentlichkeit noch unterbewertet. Immerhin sind allein in Deutschland im Jahr 2008 knapp 43.000 Salmonellenerkrankungen gemeldet worden.<sup>3</sup> Alljährlich wird in Deutschland über Salmonellen in Altenheimen berichtet.<sup>4</sup> Im Rahmen einer Tagung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) im November 2009 wurde überdies darauf aufmerksam gemacht, dass inzwischen neben den Salmonellen *Campylobacter* eine der häufigsten Ursachen für bakteriell bedingte Magen-Darm-Erkrankungen beim Menschen darstellen.<sup>5</sup>

Auch die weiterhin auftretenden Skandale um Ekel- oder Gammelfleisch zeigen, dass das etablierte Überwachungssystem keineswegs lückenlos funktioniert. Gerade im Hinblick auf Betriebe der Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (Kantinen, Mensen) ist ein flächendeckender Schutz vor Gesundheitsrisiken oder Verbrauchertäuschung durch die staatlichen Behörden allein kaum zu gewährleisten. Da der Anteil der Außerhausverpflegung stetig zunimmt, erscheint gerade hier eine Optimierung der Lebensmittelkontrolle erforderlich.

### **Forderungen des vzbv:**

Für die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist neben Erzeugern, verarbeitendem Gewerbe, Gastronomie und Handel in letzter Instanz der Staat mit seinen Instrumenten der Lebensmittelkontrolle zuständig.

- Die von der Koalition angestrebte **bessere Verzahnung von staatlicher und nicht-staatliche Kontrollsysteme** ist notwendig, um bei begrenzten Ressourcen optimale Sicherheit zu erreichen. Dafür sollte die staatliche Lebensmittelüberwachung Zugang zu den Daten der privatwirtschaftlichen Eigenkontrollsysteme erhalten. Dort wo diese nicht existieren, ist der Druck auf Unternehmen und deren Verbände zu erhöhen, die Eigenkontrolle zu verbessern.
- Um das Risiko von **Zoonosen** über Salmonellen hinaus zu verringern, ist die Bundesregierung aufgefordert, eine umfassende **Reduktionsstrategie** „vom Stall bis zum Teller“ für alle relevanten Zoonosen zu entwickeln.
- Kriminellen Machenschaften in der Fleischbranche ist dadurch zu begegnen, dass nicht zum Verzehr bestimmte **Fleischabfälle** (K-3-Material) künftig **eingefärbt** werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese Vorgabe des Koalitionsvertrages zügig umzusetzen. Sollte dies auf EU-Ebene nicht zeitnah möglich sein, ist dies zunächst auf nationaler Ebene zu regeln.

---

<sup>3</sup> Monitoring von *Salmonella* in der Lebensmittelkette – Ausgangspunkt für Reduktionsstrategien Annemarie Käsbohrer, Bernd-Alois Tenhagen, Kirsten Heckenbach, Matthias Hartung und Bernd Appel, Bundesinstitut für Risikobewertung, Berlin Zoonosen und Lebensmittelsicherheit BfR-Symposium am 2. und 3. November 2009

<sup>4</sup> Salmonellen nach Essen aus Altenheim-Küche - Eine Tote; Ärztezeitung 28.8.2009

<sup>5</sup> Bekämpfung von *Campylobacter* - aktuelle Entwicklung und Forschungsansätze Thomas Alter und Greta Götz, Bundesinstitut für Risikobewertung, Berlin Zoonosen und Lebensmittelsicherheit BfR-Symposium am 2. und 3. November 2009

### 3. Transparenz schafft Vertrauen

Die Internationalisierung des Lebensmittelangebotes hat zu einer Ausweitung der Einzelhandelsassortimente beigetragen. Während die Discounter in den sechziger Jahren noch mit einem schmalen Sortiment von kaum mehr als 250 Artikeln bestehen konnten, hat sich nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) das Angebot nahezu vervierfacht.<sup>6</sup> Die konventionellen Nahrungsmittelgruppen werden überdies durch Lebensmittel mit Zusatzigenschaften oder durch Produkte ergänzt, die sich durch spezielle Herstellungseigenenschaft auszeichnen. Nicht nur der Boom von „Bio“- und „Fair Trade“-Artikeln oder „Regionalmarken“, die ihren Weg bis in die Lebensmitteldiscounter hinein gefunden haben, ist dafür symptomatisch, sondern vor allem die Zunahme von Fertigprodukten oder so genannten Gesundheitslebensmitteln. Der Lebensmittelmarkt ist dadurch vielfältiger, aber auch immer unübersichtlicher geworden. Gerade Haushalte, die darauf angewiesen sind, „preiswerte“ Lebensmittel einzukaufen, müssen sich vor Täuschungen schützen, um für ihr Geld eine angemessene Gegenleistung zu bekommen.

Der Kampf um niedrige Preise und die globale Konkurrenz setzen die industriell produzierende Ernährungswirtschaft unter erheblichen Rationalisierungsdruck. Das hat zu Veränderungen der Produkte, Produktpaletten oder Produktionsprozesse mit dem Ziel geführt, die gleichen Lebensmittel mit geringerem Aufwand herzustellen oder neue Produkte beziehungsweise Produktvarianten auf den Markt zu bringen, die sich besser oder kostengünstiger vermarkten lassen. So werden Zutaten, wie zum Beispiel Käse oder Schinken, durch Imitate ersetzt, die billiger herzustellen oder effizienter zu verarbeiten sind. Die zur Produktion von Lebensmittelimitaten verwendeten Rohstoffe haben selten noch etwas mit dem Lebensmittel zu tun, das sie ersetzen. Um zumindest die Illusion traditioneller Erzeugung zu erhalten, unterlassen es die Unternehmen zumeist, diese Veränderungen der Lebensmittel transparent zu machen. Während Werbung und Verpackung den Schein einer traditionellen bäuerlichen Erzeugung aufrecht erhalten, werden meist ohne Wissen der Verbraucher Herstellungsverfahren umgestellt, Sortimente bereinigt und Rezepturen modifiziert, oder es werde Eigenschaften ausgelobt, ohne Informationen über die entsprechenden Produktionsprozesse zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Beispiel ist die länger haltbare ESL-Milch: Sie lässt sich besser transportieren und lagern – ist aber der Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin als „Frischmilch“ angeboten worden. Die Unternehmen laufen so jedoch Gefahr, das Vertrauen ihrer Kunden zu verlieren, sobald die tatsächlichen Produktionsbedingungen – etwa von Verbraucher-, Umwelt- oder Tierschutzverbänden – offengelegt werden.

Lebensmittelimitate finden sich jedoch nicht nur im Handel, sondern sie werden auch in Gastronomie, Imbissbuden oder Bäckereien verarbeitet. Täuschungen müssen hier von der örtlichen Lebensmittelüberwachung verfolgt werden. Nur wenige trauen sich jedoch, die Öffentlichkeit über Verstöße aktiv zu unterrichten. Transparenz über Qualität und Produktion von Lebensmitteln ist aber eine wesentliche Bedingung, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor Irreführung, Fehlkäufen oder Übervorteilung zu schützen und ihr Vertrauen in die Sicherheit und Qualität der angebotenen Lebensmittel zu stärken. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es dazu: „Auf Verpackungen von Lebensmitteln darf nur drauf stehen, was drin ist, und Abbildungen dürfen nicht verbrauchertäuschend wirken. Wir werden die Klarheit von Zutatenlisten, Abbildungen und Bezeichnungen verbessern.“

---

<sup>6</sup> Gesellschaft für Konsumforschung/Accenture Deutschland: Discounter am Scheideweg, 2008

### **Forderungen des vzbv:**

Der vzbv begrüßt die Festlegung der Koalition, Lebensmittelimitate künftig besser zu kennzeichnen. Um Transparenz auf dem Lebensmittelmarkt zu erhöhen und Verbrauchertäuschungen entgegenzuwirken, ist ein Bündel von Maßnahmen auf EU- und Bundesebene erforderlich:

- Die Bundesregierung ist aufgefordert, das bestehende Lebensmittelrecht dort, wo es keine ausreichende Gewähr dafür bietet, dass Werbung und Verpackung mit den Zutaten des Produkts übereinstimmen, entsprechend zu präzisieren. Soll muss etwa die **Verkehrsbezeichnung** des Lebensmittels **auf die Vorderseite** der Verpackung und es dürfen keine Bilder von Zutaten verwendet werden, die nicht im Produkt enthalten sind.
- Im Zuge der geplanten Evaluation und **Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes** sind die Überwachungsbehörden in die Lage zu versetzen, proaktiv – unter Nennung von Ross und Reiter – über wiederholt auffällig gewordene Betriebe oder Produkte zu informieren. Der nordrhein-westfälische **Pestizidreport** oder das **Smiley-System** des Berliner Bezirks Pankow sind gute Beispiele, die bundesweit Schule machen sollten.
- Im Zuge der EU-Gesetzgebung (Verordnung zur Lebensmittelinformation und produktbezogene Marktordnungen) fordert der vzbv eine **verbindliche Herkunftskennzeichnung** für Lebensmittel (Monoprodukte) und wertgebende Bestandteile bei zusammengesetzten Lebensmitteln ein. Ferner muss die Auslobung regionaler Erzeugung wirksam gegen Irreführung geschützt werden. Die Bundesregierung sollte mit einem eigenen Vorschlag für eine konsistente Herkunftskennzeichnung die Diskussion auf EU-Ebene vorantreiben.
- Der vzbv setzt sich auf nationaler und EU-Ebene für strenge Kriterien bei der Auslobung von gesundheitsbezogenen Angaben von Lebensmitteln („**Health Claims**“) ein. Die jetzt von der EU-Kommission vorgeschlagenen Nährwertprofile, die den erlaubten Claims zugrunde liegen sollen, würden aus der Ausnahme eines Health Claims quasi die Regel machen, da fast zwei Drittel des Lebensmittelsortiments als „gesund“ beworben werden dürften.

## **4. Gesunde und klimaschonende Ernährungsweisen fördern**

In Deutschland sind zwei von drei Männern und jede zweite Frau übergewichtig oder adipös.<sup>7</sup> Hinzu kommen etwa 1,9 Millionen übergewichtige Kinder und Jugendliche, davon 800.000 adipös.<sup>8</sup> Übergewicht und Adipositas haben in den zurückliegenden Jahren deutlich zugenommen. Sie sind entscheidende, aber auch vermeidbare Risikofaktoren für chronische Krankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislaufkrankungen. So geht das Deutsche Institut für Ernährungsforschung (dife) davon aus, dass ein Body-Mass-Index unter 30 das Risiko für eine chronische Erkrankung um mehr als die Hälfte vermindert. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier der Bundesministerien für Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Ernährungsprävention aus dem Jahr 2007 heißt es: „Die Kosten, die durch ernährungsmitbedingte Krankheiten entstehen, werden mit 30 Prozent aller Gesundheitskosten kalkuliert und betragen damit jährlich mehr als 70 Milliarden Euro.“ Über- und Fehlernährung gefährden also nicht nur die Gesundheit der Betroffenen, sondern auch die Nachhaltigkeit der Gesundheitsversorgung, weil sie das System mit hohen vermeidbaren Kosten belastet.

---

<sup>7</sup> Max-Rubner Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel: Nationale Verzehrsstudie I, 2008.

<sup>8</sup> Robert-Koch-Institut, KIGGS - Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, 2006

Um Übergewicht abzubauen oder zu vermeiden, ist neben ausreichender Bewegung eine vollwertige ausgewogene Ernährung wesentlich, die sich durch einen nur mäßigen Konsum tierischer Lebensmittel, wie Fleisch, Wurst, Milch und Milchprodukte, Eier erreichen lässt. Die Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) lautet: „Mehr als 300 bis 600 Gramm Fleisch und Wurst pro Woche sollten es nicht sein.“<sup>9</sup> Besonders Männer überschreiten mit ihrem wöchentlichen Fleischkonsum (Fleisch, Wurstwaren, Fleischerzeugnisse, Fleischgerichte) von 1120 g die empfohlenen Verzehrsmengen deutlich. Aber auch Frauen konsumieren mit durchschnittlich 580 Gramm pro Woche zu viel Fleisch. Orientiert man sich am Mittelwert der DGE-Empfehlung (450 Gramm pro Woche), so konsumieren Männer demnach fast das Zweieinhalbfache beziehungsweise 35 Kilogramm pro Jahr zu viel, Frauen essen immerhin noch ein Drittel mehr Fleisch als empfohlen (circa sieben Kilogramm pro Jahr zu viel).

Das Ernährungsverhalten beeinflusst somit auch die Umwelt und das Klima. Betrachtet man nicht nur die Landwirtschaft, die mit etwa elf Prozent zu den in Deutschland ausgestoßenen Treibhausgasen beiträgt, sondern den gesamten Bereich Ernährung inklusive Erzeugung, Verarbeitung, Transporte bis zum Verkaufsort, Lagerung und Zubereitung im Haushalt sowie Einkaufsfahrten, so liegt der Anteil der dafür entstehenden Treibhausgasemissionen bei rund 16 Prozent.<sup>10</sup> Damit kommt dem Handlungsfeld Ernährung eine ähnliche Bedeutung zu wie den Bereichen Verkehr oder Wohnen. Trotz des ausgeprägten allgemeinen Klimabewusstseins der Bevölkerung sieht für den spezifischen Konsumbereich Ernährung allerdings erst knapp die Hälfte der Verbraucherinnen und Verbraucher (49 Prozent) einen Zusammenhang zwischen Ernährung und Klimawandel, wie eine Befragung im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes ergab. Allerdings fühlen sich 86 Prozent der Befragten über die Klimawirkungen, die mit dem Kauf bestimmter Lebensmittel verbunden sind, nicht ausreichend informiert. Sogar 83 Prozent der Befragten wünschen sich die Einführung einer Kennzeichnung mit Hinweisen auf die Klimawirkung von Lebensmitteln.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es wichtig, sich die Gesundheits- und Klimafolgen ihres Ernährungsverhaltens im Alltag bewusst machen zu können. Abgesehen von der Reduktion des Fleischkonsums lässt sich die CO<sub>2</sub>-Last auch durch den Verbrauch regionaler, saisonaler und ökologisch produzierter Lebensmittel und den Verzicht auf eingeflogene Produkte reduzieren. Eine ausgewogene, gesunde Ernährung ist wichtiger Bestandteil der Prävention von Übergewicht; sie schützt Gesundheit und Klima gleichermaßen. Darum beteiligt sich der vzbv am Nationalen Aktionsplan IN FORM, um gemeinsam mit anderen Akteuren das Bewegungs- und Ernährungsverhalten der Bevölkerung zu verändern.

### **Forderungen des vzbv:**

Neben verhaltensbezogenen Ansätzen, muss Prävention auch die Verhältnisse berücksichtigen, in denen Menschen leben und konsumieren – das betrifft auch das gesetzlich geregelte Angebot verpflichtender Produktinformationen.

- Der vzbv setzt sich für eine verstärkte **Ernährungsbildung an Schulen** ein und fordert Bund, Länder und Gemeinden, aber auch die privaten Cateringunternehmen auf, die von

---

<sup>9</sup> Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., „Vollwertig essen und trinken nach den 10 Regeln der DGE“, 2009

<sup>10</sup> Anteil der Treibhausgasemissionen im Ernährungsbereich an den Gesamtemissionen: EEA – European Environmental Agency (2004): Annual European Community Greenhouse Gas Inventory 1990-2002 and Inventory Report 2004- draft. Submission to the UNFCCC Secretariat

der DGE entwickelten **Standards für Ernährung in Kindergärten und Schulen** konsequent umzusetzen.

- Die Nährwertinformation muss allen Bürgern ungeachtet ihrer Herkunft und sozialen Stellung eine schnelle und möglichst klare Orientierung über die Zusammensetzung des jeweiligen Lebensmittels im Hinblick auf eine gesunde Ernährungsweise bieten. Darum setzt sich der vzbv auf EU- und Bundesebene weiterhin für eine **Nährwertkennzeichnung nach dem britischen Ampelmodell** ein.
- Die hohen **CO<sub>2</sub>-Belastungen** durch Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung von Lebensmitteln zeigt: Land- und Ernährungswirtschaft sind relevante klimapolitische Handlungsfelder. Die Bundesregierung muss auch für die Agrar- und Ernährungswirtschaft **verbindliche Reduktionsziele** festlegen und deren Umsetzung sicher stellen.
- Die klimaschonenderen Transportmittel dürfen gegenüber dem Flugverkehr nicht benachteiligt werden. Darum muss **Flugkerosin** und -benzin entsprechend **besteuert** werden, um die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen in die betriebliche Kostenrechnung aufzunehmen. Bis dies europäisch umgesetzt ist, sollte Verbrauchern eine bessere Orientierung über die CO<sub>2</sub>-Belastung importierter Lebensmittel gegeben werden. Voraussetzung dafür ist eine verbindliche Herkunftskennzeichnung. Mehr Transparenz könnte beispielsweise auch eine **Kennzeichnung von eingeflogenen Lebensmitteln** erreichen.
- Lebensmittelwirtschaft und -handel müssen zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung beitragen indem sie ihr Einsparpotential bei Produktion und Transport maximal ausnutzen. Hierzu gehört, dass Unternehmen **Klimabilanzen** ihrer Produkte und Produktionsprozesse ermitteln und konkrete Einsparziele setzen. Der vzbv befürwortet eine sachgerechte Darstellung dieser Klimaschutzleistungen über die verschiedenen Wege der Unternehmenskommunikation. Hierfür ist auch ein übergeordnetes, **staatliches Siegel** denkbar, wenn hierfür glaubwürdige Standards, Vergabekriterien und ein Kontrollsystem entwickelt werden.

## 5. Verbraucher- und Ernährungsforschung ausbauen

Die Wünsche und Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher sind vielfältigen Einflüssen wie Werbung, Moden oder gesellschaftlichen Trends unterworfen. Handel und Unternehmen glauben in der Regel am besten zu wissen, was ihre Kunden wollen; aber sie haben zugleich ein Interesse, die Konsumwünsche und Vorlieben der Verbraucherinnen und Verbraucher in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn es um die Präferenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher – jenseits von Marketingerhebungen – etwa auch in verbraucherpolitischen Fragestellungen geht, ist man allzu oft auf Vermutungen oder kurzfristige Befragungen angewiesen. Zur Fundierung einer am Konsumenteninteresse orientierten Verbraucherpolitik bieten Marktanalysen der Wirtschaft oder aktuelle Befragungen allein keine ausreichende Evidenz. Darüber hinaus müssen verbraucherpolitische Problemlagen, die sich etwa durch gesellschaftliche Tendenzen wie den demografischen Wandel oder eine zunehmende Individualisierung von Lebensweisen ergeben, empirisch erforscht werden, um geeignet reagieren zu können. Die Initiativen für eine unabhängige systematische Verbraucherforschung stecken in Deutschland noch in den Anfängen.

Mit der zweiten Nationalen Verzehrsstudie und dem regelmäßigen Gesundheitssurvey stehen nunmehr gute Daten für eine systematischere Erforschung des Ernährungsverhaltens und seiner Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung zur Verfügung. Das Wissen um die sozialen und kulturellen Faktoren von Über- und Fehlernährung sowie ernährungsbe-



dingter Erkrankungen ist eine wichtige Voraussetzung, um zielgerichtet präventiv vorbeugen zu können. Darüber hinaus ist aber eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Erforschung des Einflusses von Werbung und Marketing auf das Ernährungsverhalten besonders vulnerabler Gruppen, wie etwa Kinder und Jugendliche, unerlässlich. Das kann durch die Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz allein nicht geleistet werden.

**Forderungen des vzbv:**

Die Erforschung von Verbraucherproblemen und -präferenzen muss in Deutschland auf eine solidere Basis gestellt werden.

- **Unabhängige systematische Verbrauch erforschung** muss **Teil der staatlichen Forschungsförderung** werden, um der interessegeleiteten oder stark anlassbezogenen Marktforschung mit solider Evidenz begegnen zu können.
- Der vzbv begrüßt in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat Bayern und das Land Berlin ein **regelmäßiges Verbrauchermonitoring** durchführen und regt an, die hier gewonnenen Erfahrungen für ein entsprechendes bundesweites Monitoring zu nutzen.